

PRO ASYL

Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge e.V.

Presseerklärung

07. September 2006

Pressekonferenz "20 Jahre PRO ASYL"

Einsatz gegen die europäische Flüchtlingsabwehrpolitik

"Der Einzelfall zählt"

Bleiberechtsregelung für Langzeitgeduldete angemahnt

Die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL besteht am 8. September 2006 seit 20 Jahren. Aus diesem Anlass blickt PRO ASYL heute auf zwei Jahrzehnte des Einsatzes für eine humane Flüchtlingspolitik zurück. Im Zentrum der Kritik steht die Entwicklung der europäischen Flüchtlingspolitik. Europa sei auf dem Weg, eine "flüchtlingsfreie Zone" zu werden. Die militarisierte Flüchtlingsabwehr an den europäischen Außengrenzen löse keine Probleme, sie verschärfe sie. Nach dem Vorbild der deutschen Drittstaatenregelung strebe Europa an, sich mit einem Ring sicherer Drittstaaten zu umgeben. Das gesamte System des weltweiten Flüchtlingsschutzes drohe zusammenzuberechnen, wenn die reichen Industrienationen Europas sich weigerten, ihren Beitrag zur Flüchtlingsaufnahme zu leisten.

Dr. Jürgen Micksch, Vorsitzender von PRO ASYL, wies bei der Pressekonferenz in Frankfurt in seinen einleitenden Worten darauf hin, dass zentraler Anlass für die Gründung von PRO ASYL vor 20 Jahren die Verschärfung der deutschen Flüchtlingsabwehrpolitik und die sie begleitende Polemik gewesen sei: "Bereits die erste PRO ASYL-Presseerklärung zum Tag des Flüchtlings am 3. Oktober 1986 griff die Mechanismen auf, mit denen wir es heute an den europäischen Außengrenzen zu tun haben: Den Versuch, den Zugang von Flüchtlingen zu verhindern, Zurückweisungen an den Grenzen, Einschränkungen des Asylrechts. Damals galt der Angriff dem Asylgrundrecht in Deutschland, heute gilt er der Genfer Flüchtlingskonvention. Sie wird mit völkerrechtswidrigen Zurückweisungen an den Außengrenzen systematisch ausgehöhlt."

Dr. Jürgen Micksch verwies darauf, dass es PRO ASYL neben dem politischen Einsatz für eine bessere Flüchtlingspolitik gelungen sei, in einer Vielzahl von Einzelfällen zu helfen - durch Öffentlichkeitsarbeit, die Finanzierung rechtlicher Vertretung aus einem hierfür vorgesehenen Fonds, mit Hilfe von Petitionen und Beratung.

Günter Burkhardt, PRO ASYL-Geschäftsführer, kritisierte den Umgang mit Flüchtlingen im Inland. Das Asylrecht in Deutschland sei in einem beklagenswerten Zustand. Mit den Dublin-Regelungen

bürde man die Verantwortung für Flüchtlinge anderen Staaten auf. Soweit Asylfälle noch im Inland entschieden würden, prägten standardisierte Handlungsanweisungen und die Abstumpfung vieler Bediensteter die Entscheidungspraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.

Ohne jeden Blick für die Realität und inhuman sei der Umgang mit den sogenannten Kettengeduldeten. Die aktuellen Vorschläge des niedersächsischen Innenministers Uwe Schünemann für eine Bleiberechtsregelung, die durch die Innenministerkonferenz zu beschließen wäre, bewertete Burkhardt kritisch: Dieser Vorschlag helfe nur wenigen Menschen und gebe Tausende zur Abschiebung frei. Eine Bleiberechtsregelung dürfe nicht nur bei schulpflichtigen Kindern anknüpfen. Auch viele Alleinstehende seien nach Jahren des Aufenthaltes faktische Inländer. Sie zur Ausreise zu zwingen sei unmenschlich. Außerdem enthalte der Vorschlag zahlreiche Nebenbedingungen, die viele Flüchtlinge nicht erfüllen könnten. Geduldete hätten keinen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt. Außerdem werde der Arbeitsmarkt immer mehr von befristeten Arbeitsverträgen geprägt. Wer auf Dauer angelegte Arbeitsverhältnisse verlange, habe keine Kenntnis von der ökonomischen Realität in Deutschland. Schünemanns Vorschlag basiere auf einem kurzfristig orientierten, betriebswirtschaftlichen Nützlichkeitsdenken. "Menschen sind keine Spielfiguren, die man nach jahrelangem Aufenthalt beliebig versetzen kann", sagte Günter Burkhardt.

PRO ASYL setzt sich in einem breiten Bündnis gesellschaftlicher Gruppen seit Jahren im Zuge der Bleiberechtskampagne für eine großzügige Regelung ein. Von 200.000 Geduldeten in Deutschland leben mehr als 120.000 länger als 5 Jahre hier.

[<- Zurück zu: Presse](#)

Postfach 16 06 24 Telefon: 069/23 06 88 internet: <http://www.proasyl.de>

60069 Frankfurt / Main Telefax : 069/230650 E-Mail: proasyl@proasyl.de

Titel: Presse Detail

[Fenster schließen](#)

Copyright © proasyl.de 2006 | Alle Rechte vorbehalten | Vervielfältigung nur mit Genehmigung von proasyl.de